

(Abgeordneter Castan.)

(A) rungsmittel, die auf diese Weise vertrieben werden, Preise verlangt werden, die zwar für die Reichen erschwinglich sind, aber unerschwinglich für die große Masse der arbeitenden Bevölkerung. Diesen Zustand würden wir nur noch verschärfen und zum dauernden machen, wenn wir die Wege gehen würden, die der Herr Interpellant uns für die Regelung im Kleinhandel gezeigt hat.

Meine Herren! Wenn bei Mangel an Rohstoffen die Dinge etwa so laufen sollen, daß kleinen Betrieben lediglich aus einer besonderen gesetzgeberischen Doktrin Vorschub gewährt würde, so wäre das ebenfalls eine künstliche Verteuerung der Produktion, eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Verbraucher. Auch hier trifft zu: Wenn die Betriebe an sich lebensfähig sind, werden sie Rohstoffe erhalten, aber wenn sie volkswirtschaftlich nicht berechtigt sind, dann wäre es ein Verbrechen an der Gesamtheit, künstlich ihre Lebensfähigkeit zu verlängern.

(B) Die Hilfsmittel, die allein die Gewähr bieten, daß im Kampf ums Dasein auch die an sich berechtigten kleinen Existenzen lebensfähig erhalten werden können, sind bereits zur Sprache gebracht worden: Selbsthilfe, Zusammenschluß, Anwendung der Mittel, die auch für den Großbetrieb in erster Linie in Frage kommen, d. h. gemeinsamer Wareneinkauf, Organisation zur Beschaffung von Arbeitsmitteln, von Arbeitsmaschinen u. dgl. mehr. Soweit darüber hinaus eine Schädigung der Betriebsinhaber von Klein- und Mittelbetrieben durch den Krieg verursacht worden ist, soweit an sich lebensfähige Betriebe nicht in Gang gebracht werden können, weil augenblicklich den Inhabern die Möglichkeit fehlt, die notwendigen Arbeitsmittel zu beschaffen, Maschinen anzuschaffen, insoweit ist sicher die Hilfe des Staates gerechtfertigt, und insoweit werden wir diese Hilfe auch gern gewähren. Ich erinnere daran, daß wir ja vor einigen Jahren im Kriege bereits einen Antrag angenommen haben, der den wirtschaftlich geschädigten Kriegsteilnehmern, die als Handwerker, als Kleinhändler, als Angestellte, als Angehörige der freien Berufe, als Arbeiter in schlechte wirtschaftliche Verhältnisse gekommen sind, ermöglicht, Darlehen, zunächst unverzinslich, zu erhalten und so durch die Staatshilfe ihre Erwerbsarbeit wieder aufzunehmen. Nur in dem Maße und in dem Sinne kann von Staatshilfe die Rede sein. Es kann nicht davon die Rede sein, daß ein einziger durch den Krieg geschädigter Stand herausgehoben wird, sondern allen Schichten und Berufen, allen Bedürftigen muß die Hilfe des Staates zuteil werden. Darüber hinaus ist es ganz selbstverständlich, daß im neuen Staat alles getan wird, um einmal die Bildungs-

stätten für die Allgemeinheit und dann die Bildungs- (C) stätten für gewerbliche Zwecke auf das denkbar höchste Maß zu bringen. Das ist aber auch alles, was außerhalb des Rahmens der Selbsthilfe von Staats wegen getan werden kann. Es muß denen, die durch die besonderen Verhältnisse in besondere Notlage geraten sind, ausgiebig die Hilfe des Staates zuteil werden. Es muß oberster Grundsatz der Gesetzgebung sein, jedem Menschen, jedem Deutschen die Existenzmöglichkeit zu gewährleisten, die Sicherung einer jeden Existenz, aber nicht die Existenzmöglichkeit in einer bestimmten Form, sondern nur dann, wenn sie sich verträgt mit dem Gesamtinteresse, wenn sie sich verträgt mit dem höchsten Grundsatz eines auf sozialistischer Grundlage aufgebauten Staatswesens, dem Grundsatz der Gleichberechtigung für alle und der Wohlfahrt der Gesamtheit.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Vizepräsident Dr. Dietel:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Klühs.

**Abgeordneter Klühs:** Meine Damen und Herren! Nachdem wir in der vergangenen Woche Gelegenheit gehabt haben, uns über die Notlage der Industrie auszusprechen und uns gleichzeitig mit der Notlage der erwerbslosen Arbeiter zu befassen, begrüße ich es, daß wir nun heute durch die Interpellation Gelegenheit haben, auch über den Stand zu sprechen, der im Kriege tatsächlich am meisten gelitten hat. Es ist der Mittelstand. (D)

Ich will nicht so weit gehen und behaupten, daß etwa der gesamte Mittelstand notleidend geworden wäre. Es ist in der Beziehung richtig, was der Herr Regierungsvertreter sagte: Einzelne davon haben auch im Kriege verdient, sind vorangekommen und mögen sich auch zu Großbetrieben entwickelt haben. Aber das sind Ausnahmen, und Ausnahmen bestätigen auch in diesem Falle nur die Regel.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir meinen, es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß zahlreiche, ehedem selbständige Existenzen durch den Krieg zugrunde gegangen oder wenigstens schwer notleidend geworden sind,

(Abg. Günther [Blauen]: Sehr richtig!)

aber nicht durch den Krieg schlechthin, sondern in der Hauptsache, was Herr Kollege Castan auch schon berührte, durch die verfehlte Kriegswirtschaft im allgemeinen, durch die öffentliche Bewirtschaftung aller Betriebsgegenstände, aller Rohstoffe, und nicht zuletzt durch die durch die Kriegsgesellschaften hervorgerufene enorme Verteuerung